

Protokoll

Über die am Mittwoch, den 31.05.2023 um 19:00 Uhr im Bräuhaus/Lenausaal stattgefundene Sitzung des Gemeinderates.

Anwesend:

Bgm. Mag. (FH) Andrea Völkl	ÖVP	
1. Vizebgm. Mag. Martin Falb	ÖVP	
STR Gerhard Dummer	ÖVP	
STR Mag. Felix Koll	ÖVP	
STR Dr. Christian Moser	ÖVP	
STR Markus Rosenberger	SPÖ	
STR DI Dietmar Pfeiler	GRÜNE	
STR Herbert Pohl	FPÖ	
GR Dkkfm. Johannes Bartosch	ÖVP	
GR Martin Franta BEd	ÖVP	ab 19:09 Uhr
GR Siegfried Gaida	ÖVP	
GR Monika Handschuh	ÖVP	
GR Gregor Hetzendorfer	ÖVP	
GR Setki Ibraimi	ÖVP	
GR Eleonore Kopf	ÖVP	
GR Peter Samer	ÖVP	
GR Manuela Trabauer-Rauchbüchl	ÖVP	
GR Margit Weiss	ÖVP	
GR Matthias Zagler	ÖVP	
GR Yasar Erkol	SPÖ	
GR Manuel Kurzmann	SPÖ	
GR Daniel Pollak	SPÖ	
GR Michael Polly	SPÖ	
GR Jürgen Ruzicka	SPÖ	
GR Mag. Regina Fless-Klinger	GRÜNE	
GR OStR Mag. Walter Klinger	GRÜNE	
GR Mag. Matthias Kubat	GRÜNE	
GR DI Thomas Muth	GRÜNE	
GR Alen Ćorković	FPÖ	

Vorsitzende: Bgm. Mag. (FH) Andrea Völkl

Schriftführer: StaDir. Mag. Christina Pinggera

Entschuldigt:

2. Vizebgm. Heinz Scheele	SPÖ
STR Ing. Mag. Herwig Hödl	ÖVP
STR Admir Osmanovic	SPÖ
GR Iris Ludl	ÖVP
GR Mag. Alexandra Rester	SPÖ
GR Christian Rester	SPÖ
GR Jürgen Strahammer	SPÖ
GR Wolfgang Mayer	FPÖ

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel

Tagesordnung

Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Genehmigung des Protokolls vom 10.05.2023

Ref. 03 – Anträge Stadtrat Finanzen

1. Netzzugangsvereinbarung EVN – PV-Anlagen Stockerau

Ref. 01 – Anträge Stadtrat Bauwesen und Stadtentwicklung

2. Beauftragung – Mehr-/Minderkosten PV-Anlage Volksschule

Ref. 08 – Anträge Stadtrat Verkehr, Infrastruktur und Straßen

3. Resolution – öffentlicher Verkehr

Ref. 09 – Antrag Stadtrat Verwaltung und Digitalisierung

4. Stockerau Card

Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Völkl: Ich darf herzlich „Grüß Gott“ sagen zum heutigen Gemeinderatssitzung am 31. Mai 2023. Ich eröffne die Sitzung und stelle die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

Entschuldigt sind der 2. Vizebgm. Heinz Scheele, STR Herwig Hödl, STR Admir Osmanovic, GR Iris Ludl, GR Christian Rester, GR Jürgen Strahammer, GR Alexandra Rester und GR Wolfgang Mayer. Der Wolfgang hat heute Geburtstag, hier ein herzlicher Geburtstagswunsch.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich Ihnen den aktuellen Bericht zum Stand A22, wie das Verfahren ist, geben:

Im Februar 2023 hob der VwGH das Erkenntnis des BVwG, welches die UVP-Pflicht festgestellt hatte, auf wegen Rechtswidrigkeit infolge Verletzung von Verfahrensvorschriften. Damit trat die Rechtssache in die Lage zurück, in der sie sich vor Erlassung des BVwG-Erkenntnisses befunden hatte. Das heißt, dass das BVwG nun erneut eine Entscheidung treffen muss.

Um eine Entscheidung treffen zu können, hat das BVwG dann DI Schönhuber als Sachverständigen für den Bereich Verkehrstechnik bestellt. Dieser hat ein Gutachten erstellt, welches vorige Woche den Mitgliedern des Gemeinderates übermittelt wurde. Das BVwG hat den Vertragsparteien, so auch der Stadtgemeinde Stockerau, Gelegenheit gegeben, bis zum 9.6. zum Gutachten DI Schönhuber Stellung zu nehmen.

Nun hat Mag. Nigischer mit unserem Gutachter DI Käfer Rücksprache gehalten und ihm die Unterlagen übermittelt. DI Käfer wird bis Ende der Woche bekanntgeben, ob er die Stadtgemeinde mit einer fachlichen Stellungnahme unterstützen kann. Im Falle dass die Stadtgemeinde eine Stellungnahme abgibt, wird Mag. Nigischer beim BVwG um Erstreckung der Frist bis Ende Juni ersuchen.

Herr STR Pfeiler, ist eure Anfrage somit einmal Beantwortet?

Pfeiler: Schönen guten Abend von meiner Seite. Danke, dass du so rasch auf mein Mail reagiert hast. Ihr habt eben empfohlen, dass wir vorsorglich eine Fristerstreckung beantragen um dann genug Zeit zu haben, um anfällig hier das Parteiengehör in Anspruch nehmen zu können. Meine Empfehlung war, dass wir eine Fristerstreckung bis Anfang Juli anstreben, dann können wir das im Verkehrsausschuss besprechen, können Gutachten einholen und

könnten dann eine allfällige Stellungnahme im Gemeinderat im Juni beschließen. Das war der Hintergedanke für eine Fristerstreckung bis Anfang Juli.

Völkl: Danke, für das heutige Mail. Natürlich wurde seitens der Stadtgemeinde Rücksprache gehalten über mögliche die Wege, wenn der DI Käfer überhaupt sagt: „Das macht Sinn“, wenn wir wieder zurückschreiben, vom fachlichem her. Und wie es seit Anbeginn bei diesem Verfahren ist, wird bevor wir das absegnen, dem gesamten Gemeinderat zur Kenntnis gebracht, damit sich jeder hier auskennt.

Ich hatte auch Kontakt mit der Bürgerinitiative, die werden kein Gutachten beauftragen. Sie machen selbst ein Gutachten und beziehen sich dabei nicht nur auf den Verkehr, sondern u.a. auch auf die UVP.

Wir werden über die Zwischenberichte immer berichten und auch, was der Sachverständige dazu sagt.

Dann ersuche ich um ein Zeichen der Zustimmung, danke.

Abstimmungsergebnis:

Prostimmen

ÖVP 16

SPÖ 6

GRÜNE 5

FPÖ 2

Einstimmig zur Kenntnis gebracht

Gegenstimmen

ÖVP 0

SPÖ 0

GRÜNE 0

FPÖ 0

Stimmenthaltung

ÖVP 0

SPÖ 0

GRÜNE 0

FPÖ 0

Vor Eingehen in die Tagesordnung möchte ich bekanntgeben, dass Dringlichkeitsanträge vorliegen gemäß § 46 Abs. 3 der NÖ GO. Dringlichkeitsantrag von den GRÜNEN „Arbeitsplätze sichern, jetzt!“. Das Wort hat Herr GR Kubat.

**Dringlichkeitsantrag gemäß § 46 Abs. 3 der NÖ GO
„Arbeitsplätze sichern, jetzt!“**

Kubat: Guten Abend, ich möchte Ihnen jetzt unseren Dringlichkeitsantrag vorbringen.

Begründung

Eine der alteingesessenen Firmen Stockeraus, die im Jahr 1932 gegründet worden ist, ist die Firma M-U-T Maschinen - Umwelttechnik - Transportanlagen GmbH.

Nun werden ihre einzelnen Fachsparten getrennt und einzeln verkauft. Die Firma Inocon-IP GmbH aus Oberösterreich hat laut Medienberichten den Bereich Fördertechnik mit 33 MitarbeiterInnen übernommen.

Für den Bereich der Sonderaufbausparte der Firma M-U-T ist laut Medienberichten die Firma Steyr Automotive GmbH aus Oberösterreich interessiert. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass in absehbaren Zeitraum die Arbeitsplätze in Stockerau verloren gehen.

Aus diesem Grund wird folgender Antrag gestellt:

Antrag

Der Gemeinderat möge beschließen, dass der Gemeinderat die Bürgermeisterin Mag.(FH) Völkl und den zuständigen Stadtrat für Wirtschaft und Tourismus, Herrn Vizepräsident der Wirtschaftskammer NÖ Dr. Moser, beauftragt, mit der Verkäuferseite, gegebenenfalls mit etwaig neuen Liegenschaftseigentümern der Schießstattgasse 49 und den Firmen, die die Spartenbereiche der Firma M-U-T übernommen haben / übernehmen wollen, Gespräche in Bezug auf Sicherung, Entwicklung und Ausbau der Arbeitsplätze in Stockerau zu führen und zum Thema, welche Impulse und Unterstützungen die Stadtgemeinde Stockerau bzw. das Land NÖ dafür setzen können. Über den Inhalt dieser Gespräche ist dem Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung zu berichten.

Dringlichkeit

Wegen der bereits laufenden Verhandlungen mit potentiellen neuen Eigentümern ist die unverzügliche Aufnahme von Gesprächen zwischen Stadtgemeinde und Firmenleitung geboten, um die möglichen Unterstützungsmaßnahmen für die Erhaltung des Unternehmensstandortes Stockerau auszuloten. Für die bereits abgeschlossenen Verkäufe von Fachsparten und etwaig der Liegenschaft sind diese Gespräche mit den neuen Eigentümern kurzfristig aufzunehmen.

Völk: Wer diesen Antrag die Dringlichkeit gibt, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Die Dringlichkeit ist gegeben, der Tagesordnungspunkt wird in der nicht öffentlichen Sitzung behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Prostimmen

ÖVP 16

SPÖ 6

GRÜNE 5

FPÖ 2

Einstimmig zur Kenntnis gebracht

Gegenstimmen

ÖVP 0

SPÖ 0

GRÜNE 0

FPÖ 0

Stimmenthaltung

ÖVP 0

SPÖ 0

GRÜNE 0

FPÖ 0

Ein Tagesordnungspunkt wird noch von der Tagesordnung abgesetzt und das ist

1. Netzzugangsvereinbarung EVN – PV-Anlagen Stockerau

Genehmigung des Protokolls vom 10.05.2023

Aufgrund von Urlaub und Krankenständen wird das Protokoll in den nächsten Tagen versendet.

1. Netzzugangsvereinbarung EVN – PV-Anlagen Stockerau

Wird von der Tagesordnung abgesetzt

2. Beauftragung – Mehr-/Minderkosten PV-Anlage Volksschule

Rosenberger: Einen schönen guten Abend von meiner Seite. Ich darf Ihnen folgenden Amtsbericht zur Kenntnis bringen.

Im Zuge der Ausführungsplanung für die Errichtung der PV-Anlagen der Volksschulen West und Ost wurden hinsichtlich der vorgesehenen Unterkonstruktion Bedenken geäußert, da eine große Anzahl von Durchdringungen des Foliendaches erforderlich gewesen wäre. Auch bei einer fachgerechten Eindichtung der Befestigung wäre ein gewisses Restrisiko für Undichtheiten bestanden.

Aus diesem Grund wurde seitens des Planers und der ausführenden Firma die Möglichkeit der Umsetzung der PV-Anlagen mit einem durchdringungsfreien Befestigungssystem untersucht und Abstimmungen mit dem Hersteller vorgenommen. Die daraus resultierenden Vertragsänderungen wurden im GR am 10.05.2023 beauftragt. Aufgrund der Änderung des Systems der Befestigung war auch eine andere Austeilung der PV-Module notwendig und es konnte mit dem neuen durchdringungsfreien System nicht die vorgesehene und auch im Bürgerbeteiligungsverfahren angebotene Anzahl umgesetzt werden.

Seitens der Planer des gegenständlichen Projektes sowie der Erweiterung der Volksschulen wurde nach alternativen Dachflächen zur Umsetzung der erforderlichen Anzahl von PV-Modulen gesucht. Dabei wurde sowohl der Brandschutz als auch die Statik der Bauwerke

geprüft und als beste Variante die zusätzliche Belegung von Teilen der Dachfläche des bestehenden Turnsaals der Volksschule West ermittelt.

Die damit verbundenen Mehr- und Minderkosten wurden durch die Firma Quasnitschka Haustechnik GmbH am 26.05.2023 übermittelt und durch die beauftragte ÖBA/Planer geprüft. Im Zuge der Prüfung wurden die entfallenden PV-Module sowie die tatsächliche Anzahl der zur Errichtung vorgesehenen Module berücksichtigt. Der Entfall der vertraglich vorgesehenen Unterkonstruktion wurde bereits im beauftragten MKF 01 berücksichtigt. In der gegenständlichen MKF sind die Unterkonstruktion für die Errichtung der PV-Anlage am Tonnenblechdach (analog der Milleniumshalle) sowie die zusätzlich erforderlichen DC und AC Verkabelungen und Tragsysteme berücksichtigt.

Dies ergibt in Summe zu beauftragende Mehrkosten von 9.009,75 € und somit eine fortgeschriebene Auftragssumme von 363.312,53 € netto (435.975,04 € brutto).

In der Kostenprognose des Planers für die gesamten PV Anlagen werden Minderkosten gegenüber der Beauftragung von 40.153,35 € angeführt.

Die Gesamtzahl der Module aller Projekte beträgt 1.551 Stück.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit den Mehrkosten aufgrund der zusätzlichen PV-Anlagen der Volksschulen Stockerau auf dem Dach des Bestandturnsaals der Volksschule West wird die Firma Quasnitschka Haustechnik GmbH gem. Nachtragsangebot vom 26.05.2023 mit einer Summe von 9.009,75 € netto beauftragt.

Pfeiler: Zwei allgemeine Anmerkungen. Zum Einem möchten wir festhalten, dass wir uns die Amtsberichte sehr gerne und ausführlich anschauen. Wir nehmen unser Einsichtsrecht in die Akten sehr ernst. Generell ist für die heutige Sitzung anzumerken, dass die Unterlagen erst gestern und heute gekommen sind. Dadurch ist das Einarbeiten für berufstätige sehr schwierig. Zum konkreten Antrag. Ja, natürlich ist es notwendig eine Volksschule umzubauen und natürlich ist es notwendig PV-Anlagen zu errichten, das steht außer Zweifel. Festhalten möchten wir, dass wir praktisch in jeder Gemeinderatssitzung Projektänderungen beschließen, weil Dinge nicht zusammenpassen. Es scheint mir einfach, bei allem Respekte für die Bauführung und Koordination, dass die Abstimmung zwischen den PV-Projekt und den Volksschulprojekt nicht ganz optimal verlaufen ist. Wenn wir eigentlich kurz vor knapp draufkommen, dass wir die Paneele nicht montieren können, weil es zu schwer ist oder es mit einer Folie ist, wo man die Paneele doch nicht so befestigen kann. Das sind Dinge, die lange bekannt sind. Ich glaube, da sollten wir in Zukunft ein Augenmerk darauflegen, wie wir solche Projekte von vornherein besser managen und abstimmen. Wie gesagt, meine Wertschätzung für die Bemühungen und die Notwendigkeit für diese Dinge steht außer Zweifel. Bei den laufenden Änderungen sei diese Manöverkritik gestattet. Dankeschön.

Dummer: Wenn man ein bestehendes Gebäude angreift, ist es in der Regel weit aufwendiger als wenn man es neu auf einer grünen Wiese errichtet. Bei einer Sanierung gibt es viele Undenkbaren, die bei bester Vorbereitung nicht vorhergesehen werden können. Das führt dazu, dass Anpassungen notwendig sind. Ich kann nicht nur sagen, dass das nicht nur bemüht ist, was da gearbeitet wird, sondern das ist höchst professionell. Man kann das nicht alles auf den Millimeter genau vorhersehen. Es passiert in einen Bauablauf von über einem Jahr einige Dinge. Wir haben heute im nicht öffentlichen Teil ein Thema. Das Projekt ist sehr gut vorbereitet und sehr gut geplant. Änderungen sind immer zu erwarten und notwendig. Beim Brennerbasistunnel rechnet man mit Mehrkosten von 1 Mrd. Euro. Für den Tunnel wurden 20 Jahre geplant und die haben auch eine Abweichung. Es ist eine Baustelle und speziell, wenn es mit einer Sanierung zu tun hat, dass da nicht jede Kleinigkeit bis aufs letzte vorausgeplant werden kann. Eine gewisse Flexibilität ist notwendig auch auf der Kostenseite.

Rosenberger: Danke Gerhard für deine Ausführung. Ich möchte nur ergänzen. So wie du es gesagt hast, es gibt die Dinge, die treten im Laufe des Projektes einfach auf. Ich möchte festhalten, dass die Mitarbeiter im Bauamt das Ihrige dazu tun, dass das Ganze auch

fristgerecht und zeitgerecht über die Bühne geht und dass auch noch die Förderung umgesetzt wird. Dafür ein großes Danke an das Bauamt.

Völk: Danke Markus, dass du das erwähnst. Wenn man das von außen betrachtet, scheint es manchmal so. Es ist ein riesiges, ein gigantisches Projekt mit vielen Umwegen, die dann erst bei der Arbeit herauskommen und Herr DI Altinger ist sehr bemüht, die beste Möglichkeit hier zu tun. Es stecken exzellente Arbeit und wirklich viele, viele Stunden dahinter. Dafür möchte ich ein herzliches Dankeschön sagen.

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe hier Zustimmung von der FPÖ, der ÖVP, der SPÖ und Zustimmung vom GR Muth, STR Pfeiler, GR Fless-Klinger. Stimmenthaltung: GR Kubat und GR Klinger

Abstimmungsergebnis:		Einstimmig zur Kenntnis gebracht			
Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	17	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
GRÜNE	3	GRÜNE	0	GRÜNE	2
FPÖ	2	FPÖ	0	FPÖ	0

Kubat, Klinger

Völk: Nächster Tagesordnungspunkt vom Referat 08 – Verkehr, Infrastruktur und Straßen und ich ersuche den Herrn Vizebürgermeister um Verlesung.

3. Resolution – öffentlicher Verkehr

Falb: Ich darf den Kollegen Hödl vertreten.

Das Land NÖ ist hinsichtlich der Flächen und der Einwohner das größte bzw. zweitgrößte Bundesland. Daher ist es umso wichtiger alles zu tun, um dem Mobilitätsbedürfnis der Menschen in Niederösterreich gerecht zu werden und gleichzeitig den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen. Das geht nur durch erhebliche Investitionen des Landes in eine leistungsstarke Infrastruktur für öffentliche Verkehrsmittel sowie dem systematischen und umfassenden Ausbau des Leistungsangebotes der öffentlichen Verkehrsmittel – sowohl auf den Bahn-Hauptachsen wie auch in der Fläche mit zeitgemäßen attraktiven Busangeboten.

Da die bisherigen Versuche einer Verbesserung der Mobilitätsangebote nur eine überschaubare Wirkung erzielt haben, möchten wir als Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau eine schriftliche Resolution an die NÖ Landesregierung richten mit der Aufforderung, zusammen mit der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie für eine spürbare Verbesserung der öffentlichen Verkehrssituation im Bezirk Korneuburg einzutreten.

Die schriftliche Resolution wurde von den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses für Verkehr, Infrastruktur und Straßen verfasst, die ich zur Verlesung bringen möchte:

„Das Land NÖ ist hinsichtlich der Flächen und der Einwohner das größte bzw. zweitgrößte Bundesland. Daher ist es umso wichtiger alles zu tun, um dem Mobilitätsbedürfnis der Menschen in NÖ gerecht zu werden und gleichzeitig den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen. Das geht nur durch erhebliche Investitionen des Landes in eine leistungsstarke Infrastruktur für öffentliche Verkehrsmittel sowie dem systematischen und umfassenden Ausbau des Leistungsangebotes der öffentlichen Verkehrsmittel – sowohl auf den Bahn-Hauptachsen wie auch in der Fläche mit zeitgemäßen attraktiven Busangeboten.

Das Bundesland Vorarlberg beschreitet seit vielen Jahren konsequent und sehr erfolgreich diesen Weg und stellt seiner Bevölkerung flächendeckend an sieben Tagen der Woche ein attraktives Mobilitätsangebot zur Verfügung.

Die Einführung des Klimatickets hat wesentlich dazu beigetragen, das Interesse und die Nachfrage am öffentlichen Verkehr zu stärken. Allerdings reicht ein günstiges Ticket alleine

nicht aus, um die Menschen – v.a. in der Fläche – für den öffentlichen Verkehr zu gewinnen – dazu braucht es auch ein adäquates Angebot, insbesondere im Busbereich in den Umlandgemeinden.

Um den Zugang zu den hochrangigen öffentlichen Verkehrsachsen sicherzustellen, speziell dort, wo der Ursprung der Pendlerinnen und Pendler im weniger dicht besiedelten, ländlichen Raum liegt, braucht es regelmäßige öffentliche Verbindungen zu den Verkehrsknotenpunkten. Zusätzlich könnten dadurch die Park&Ride-Anlagen entlastet werden.

*Bisherige Ansätze, wie z.B. ISTmobil können einerseits die erforderlichen Kapazitäten nicht bereitstellen und würden bei einem Ausbau und einer notwendigen tariflichen Attraktivierung (z.B. der angedachte Entfall der Komfortzuschläge und damit kostenlose Fahrten für Inhaber und Inhaberinnen von Netzkarten) die Grenzen der Finanzierbarkeit durch die Gemeinden überschreiten. Würden nur 20% der Pendler*innen mit dem ISTmobil statt dem eigenen Auto zu den Bahnhöfen Korneuburg und Stockerau fahren, würde dies grob berechnet eine Verdreifachung der ISTmobil Fahrten im Bezirk und damit der Kosten für die Gemeinden bedeuten¹.*

Regionale, gemeindegrenzüberschreitende Mobilitätsangebote können nur durch zusätzliche finanzielle Mittel von Bund und Land im Rahmen der Daseinsvorsorge abgedeckt werden.

Die NÖ Landesregierung wird daher aufgefordert, mit der Bundesregierung, insbesondere mit der zuständigen Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie dafür einzutreten,

- 1. die nötigen infrastrukturellen Maßnahmen im Bezirk Korneuburg und Zusatzbestellungen für die notwendige Leistungsausweitung, welche durch die Einführung des Klimatickets notwendig geworden ist, im öffentlichen Verkehr durchzuführen und zu finanzieren.*
 - 1. 15 min-Takt Schnellbahn bis Stockerau bis 2026*
 - 2. Busverbindungen aus allen Gemeinden im Bezirk nach Stockerau/Korneuburg werktags im Halbstundentakt (Wochenende Stundentakt)*
 - 3. ISTmobil-Ausschreibung VOR bis 2024 – weiterhin für Gemeinden leistbar (unter Beibehaltung des Komfortzuschlages) und nicht als Ersatz für die Busverbindung für zeitliche und räumliche Bedienungslücken.*
- 2. Wo der Ursprung der Pendlerinnen und Pendler im nicht dicht besiedelten, ländlichen Raum liegt, ist besonders darauf zu achten, dass regelmäßige und dauerhafte Verbindungen zu den hochrangigen öffentlichen Verkehrsachsen zu gewährleistet werden.*
- 3. Ausbau und Finanzierung last Mile (Mobilitätspaket) in den Städten Korneuburg und Stockerau durch Bund, Land NÖ oder Dritte.*
- 4. P&R Ausbau an allen Bahnhöfen bzw. multimodalen Verkehrsknotenpunkten im Bezirk.“*

¹ Rd. 28.000 ISTmobil-Fahrten pro Jahr/1.000 P&R Stellplätze in Korneuburg und Stockerau an 260 Tagen im Jahr

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtgemeinde Stockerau spricht sich damit für eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Bezirk Korneuburg aus und übermittelt zu diesem Zweck die in der Beilage ersichtliche Resolution an die Niederösterreichische Landesregierung.

Pohl: Ja, auch wir haben im Ausschuss zugestimmt. Prinzipiell stimmen wir den Ausbau des öffentlichen Verkehrs im Bezirk Korneuburg zu. Wir müssen dabei natürlich auch auf unsere Bürger schauen. Es ist eine gute Sache. Es muss aber auch immer realistisch sein und wenn man sich die Punkte anschaut, die gefordert werden. Beim 15-Minuten-Takt haben wir letztes gehört, dass das im Moment nicht machbar ist. Bei den Busverbindungen aus allen Gemeinden im Bezirk nach Stockerau/Korneuburg ist es so, dass die Busse jetzt schon leer

fahren. Mich wundert das sehr, dass die, die hier nach Umwelt- und Klimaschutz schreien, das da fordern. Und bei der ISTmobil-Ausschreibung geht es für uns hauptsächlich darum, dass es zwar ein Gewinn für den Bezirk und die Umlandgemeinden ist, aber nicht für die Stockerauer selber. Wir werden natürlich Realistisches und Machbares machen und uns bei unserem Landesrat dafür einsetzen, dass er das ans zuständige Ministerium leitet und notwendige Maßnahmen gesetzt werden. Vielleicht könnt ihr uns auch da ein bisschen unterstützen, danke.

Pollak: Ich möchte mich noch bedanken, dass es möglich war ein gelungenes, gemeinsames Wording für diesen Antrag zu finden.

Völk: Dankeschön. Dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit, danke.

Abstimmungsergebnis:		Einstimmig zur Kenntnis gebracht	
Prostimmen		Gegenstimmen	Stimmenthaltung
ÖVP	17	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
FPÖ	2	FPÖ	0

4. Stockerau Card

Falb: Ich komme jetzt zu einem Antrag aus meinem Resort, den wir das letzte Mal zurückgestellt hatten, weil es auch noch eine Frage vom Finanzstadtrat gegeben hat betreffend Förderungen. Wir wollen dieses Projekt beschließen unter dem Zusatz, dass wie im ersten Absatz zu entnehmen sein wird, dass die entsprechenden und möglichen Förderungen erreichbar sind. Das sollte sich in den nächsten zwei bis drei Wochen herausstellen.

Dem Amtsbericht sei vorweggeschickt, dass derzeit parallel zur Planung des Projekts „Stockerau-Card“ die Vorbereitungen laufen, die Projektinvestition über ein bereits genehmigtes LEADER-Projekt in Kombination mit einer NAFES-Förderung mit einer Förderquote von bis zu insgesamt 90% zu versehen. Die tatsächliche Umsetzung des Projekts ist an eine positive Zusage der höchstmöglichen Förderung gekoppelt.

Die Stadtgemeinde Stockerau hat mit Mitte April den Vertrieb der Stockerauer-Wertgutscheine – „WISTO-Gutscheine“ – übernommen. Das Gutscheinsystem soll in weiterer Folge in neuer, zeitgemäßer Form digital abgewickelt und in späterer Folge bis hin zur Servicekarte für Bürger:innen bzw. Haushalte ausgebaut werden.

Dazu soll im ersten Schritt die Einführung einer Gutscheinkarte, in Funktion und Form ähnlich einer Bankomatkarte, umgesetzt werden. Beim Kauf wird der jeweilig gewünschte Wert auf die Karte aufgebucht. Der Erwerb für Bürger:innen bzw. Unternehmen kann, neben dem Vertrieb über die Bürgerservicestelle, bei Bedarf auch über alternative Ausgabestellen erfolgen (z.B. Trafiken oder Banken).

Eingelöst wird der Gutscheinwert mittels „Zahlung“ an handelsüblichen Bankomatterminals bei allen teilnehmenden Betrieben – eine der Vorgaben an das neue System um keine technische Investition von teilnehmenden Betrieben zu fordern. Ist kein Bankomatterminal vorhanden, so kann die Bezahlung via Händler-App am Mobiltelefon erfolgen.

Ebenso möglich ist die Bezahlung der Parkgebühren mittels Gutscheinkarte an den geplanten neuen Parkautomaten.

Die initiale Nutzung soll sowohl für Bürger:innen als auch für bisher am WISTO-Gutscheinprogramm teilnehmende Betriebe kostenfrei sein (d.h. keine Einstiegskosten für rasche Akzeptanz). Systembedingt fallen im laufenden Betrieb für Bürger:innen keine Kosten, für Betriebe € 0,15 à Transaktion bis € 10,- bzw. € 0,23 ab € 10,- an. Eine spätere

Nutzungsgebühr für Bürger:innen (z.B. € 0,50 à Monat ab dem 2. Nutzungsjahr) ist denkbar und im Zuge der Projektumsetzung zu überlegen.

Die technischen Möglichkeiten dieser Karte schaffen jedoch die Voraussetzung, den Bürger:innen erweiterte Funktionalität und bessere Serviceleistungen seitens der Stadt anbieten zu können.

So sollen in einem zweiten Projektschritt via Personalisierung der Karte beispielsweise der Zutritt zu den Altstoffsammelzentren mit erweiterten Öffnungszeiten ermöglicht werden. Darüber hinaus sind z.B. die Bücherausleihe in der Bücherei, 10er-Blöcke oder die Saisonkarte für das Erholungszentrum vorgesehen. Ebenso geplant ist ein zeitgesteuertes Zutrittssystem für Turn- und Gruppenräume (z.B. Kirchenturnhalle) sowie weitere Servicedienste der Stadt.

Die erste Umsetzungsphase betrifft das Gutscheinsystem. Um im Advent 2023 im Betrieb zu sein, soll Mitte September die Testphase starten und Mitte Oktober der Echtbetrieb umgesetzt werden.

Die Umsetzung soll mit einer umfassenden Informationskampagne begleitet werden um möglichst rasch eine hohe Akzeptanz zu erreichen.

In vorangegangenen Workshops mit mehreren Abteilungen innerhalb der Stadtgemeinde Stockerau (EDV, Finanz, Bauamt, Wirtschaftshof, Bürgerservice, Marketing) wurden Details für eine möglichst automatisierte Abwicklung und Umsetzung besprochen, ein Kriterienkatalog erarbeitet, sowie das Thema Datenschutz abgeklärt.

Es wurden folgende Unternehmen zu Vorgesprächen und Angebotslegung eingeladen:

Gemdat NÖ, 2100 Korneuburg, Girakstraße 7 € 115.476,- inkl. USt
(inkludiert 9.000 Stk. personalisierte Karten)

Brain Behind, 5165 Berndorf bei Salzburg, Haunsbergstraße 28 € 74.277,20 inkl. USt
(inkl. 9.000 Stk. Gutscheinkarten + 9.000 Stk. Gutscheinkarten samt Personalisierungsoption)

Das technische System der Firma Gemdat NÖ geht von einer rein personalisierten Karte aus, die eine gewünschte Gutscheinfunktion nur als Zusatzmodul aktivieren kann. Weiters ist bei diesem System das Lesen der Karten über handelsübliche Bankomatterminals nicht bzw. nur eingeschränkt vorgesehen.

Die Vorgabekriterien sehen jedoch erweiterten Funktionen modular „zuschaltbar“ vor, jedoch in der Startphase soll das Projekt als Gutscheinsystem umgesetzt werden.

Da die Firma Brain Behind* jener Anbieter ist, der neben dem günstigeren Angebot, als einziger den Vorgabenkatalog erfüllt bzw. das System vollständig abbilden kann, soll dieses Unternehmen für die Projektumsetzung in Höhe von € 74.277,20 inkl. USt. beauftragt werden. Für die begleitende Informationskampagne soll ein Marketingbudget in Höhe von € 10.000,- inkl. USt. vorgesehen werden.

Damit belaufen sich die Gesamtprojektkosten auf € 84.277,20 inkl. USt.

Diese Projektinvestition ist größtenteils durch die geplanten Förderungen gedeckt bzw. die restlichen Aufwände sind im Budget für Wirtschaftsförderung vorgesehen.

** Referenzen: Brain Behind – ein Salzburger Unternehmen – hat einen oben beschriebenen Vollausbau des Systems in Kufstein erfolgreich umgesetzt, die Gutscheinvvariante in Hollabrunn sowie unterschiedliche Projektsituationen in rund 40 Gemeinden in Österreich am Laufen. Brain Behind setzt die NÖ-Card um, ebenso wie das JELO-System der Raiffeisenbank oder das Kundenbindungsprogramm der Bank Austria. Darüber hinaus ist Brain Behind weltweit mit verschiedenen Projektvarianten tätig.*

Die Kosten des laufenden Betriebs (Kartenverwaltung, Serverkosten, Support, usw.) betragen ab dem Folgejahr für die Verwendung als Gutscheinkarte (inkl. optionaler Funktion z.B. für Schranken) jährlich € 19.411,20 inkl. USt (€ 1.617,60 à Monat) – bei 12.000 ausgegebenen Karten – bzw. ab Systemnutzung als volle Bürger-Servicekarte jährlich € 22.747,20 inkl. USt.

(€ 1.944,60 à Monat) – bei 14.000 ausgegebenen Karten – und sollen im ordentlichen Budget vorgesehen werden.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Umsetzung der Gutscheinkarte „Neu“ inkl. Systemvorbereitung für die spätere, modulare Implementierung der Bürger-Servicekarte mit Zutritts- und Kontrollschnittstellen mit der Firma Brain Behind, 5165 Berndorf bei Salzburg in Höhe von € 74.277,20 inkl. USt sowie das Marketingbudget in Höhe von € 10.000,- inkl. USt und damit die Gesamtprojektkosten in Höhe von € 84.277,20 inkl. USt

Die Umsetzung des Projekts ist an eine positive Zusage der höchstmöglichen Förderung (LEADER + NAFES) gekoppelt.

Diese Projektinvestition ist größtenteils durch die geplanten Förderungen gedeckt bzw. die restlichen Aufwände sind im Budget für Wirtschaftsförderung vorgesehen.

Muth: Schönen guten Abend von meiner Seite. Wir haben ein paar Punkte. Erstens, ist angedacht worden, dass die Karten gegen Pfand ausgegeben werden, sodass die nicht einfach weggeschmissen werden, wenn der Wert aufgebraucht ist bzw. in der Werbung sollte man dann natürlich besonders darauf hinweisen, dass die wiederaufladbar sind? Das Zweite ist die Frage, diese Gebühr, für die teilnehmenden Betriebe ist auch zusätzlich zu den Bankomatkosten die Betriebe sowieso haben, wenn mit Bankomat bezahlt wird, nehme ich an, oder? Der dritte Punkt ist diese Nutzungsgebühr, die angedacht und personalisiert ist für die Bürger sehen wir kritisch, weil wir der Meinung sind die Gemeinde macht es deswegen, weil sie sich intern mit der Verrechnung einiges ersparen wird. Die vierte Frage ist, welchen Verwaltungsaufwand wird man haben, wenn 14.000 Karten in einer relativ kurzen Zeit ausgegeben werden. wenn man z.B. nur mehr auf die Müllplätze mit Karte zufahren kann.

Falb: Danke. Wenn alle einverstanden sind, würde ich den Mag. Ihm bitten diese Fragen zu beantworten. Er betreut das Projekt verwaltungstechnisch.

Ihm: Guten Abend auch von meiner Seite. Die Fragen sind zu schnell gekommen, ich konnte nicht jede Frage mitschreiben. Pfand ist auf jeden Fall im Zuge der Projektumsetzung zu überlegen. Man kann eine Pfandgebühr für die Ausgabe festlegen.

Falb: Die zweite Frage habe ich auch nicht mitschreiben können.

Muth: Der zweite Punkt war die Gebühr für die Unternehmen. Der dritte Punkt war die Kosten für die Benutzer.

Falb: Danke, Thomas.

Ihm: Zur Gebühr der Unternehmer. Da geht um die Einstiegskosten, damit das System auf der Bankomatkasse freischaltet wird. Es ist eine einmalige Gebühr von 70 €. Deswegen ist es im Projekt eingepreist, um die Akzeptanz bei den Betrieben so schnell wie möglich erreichen zu können. Für jene Betriebe, die WISTO Gutscheine akzeptieren. Wenn zusätzliche Unternehmen später einsteigen wollen, dann müssen diese die einmalige Gebühr von 70 € zum Freischalten zahlen. Die Nutzungsgebühr für die Nutzer war ein Gedanke, weil das eine Möglichkeit wäre das System zu refinanzieren. Wenn man sagt, man hat 5.000 Karten vergeben und für die Nutzung zahlt man 0,50 € im Monat hätte man, wenn ich das richtig im Kopf habe, an die 30.000 € Refinanzierung im Jahr. Das muss natürlich nicht sein, jedoch ist es eine Möglichkeit, welche man machen kann. Zum Verwaltungsaufwand. Das ist eine gute Frage. Man kann bei den Karten eine Personalisierung vornehmen. Beim Altsammlzentrum muss man keine komplette Personalisierung vornehmen, man müsste nur „überprüfen“, ob der Haushalt in Stockerau gemeldet ist. Wenn das gemacht worden ist, kann man für den Haushalt die Berechtigung für Nutzung des Altsammelzentrums freischalten. Diese Berechtigung kann ich auf z.B. 300 Karten gleichzeitig freischalten. Durch die Ausgabe

der Karte kann man feststellen, ob man dort „berichtet“ bzw. der Haushalt in Stockerau gemeldet ist oder nicht.

Falb: Darf ich bei dem Punkt noch etwas ergänzen. Ich kann 2 Vorkehrungen oder Anmerkungen dazu machen. Das eine ist, dass 14.000 Karten auf einmal nicht ausgeben werden, selbst wenn man diese auf den Müllsammelplätzen „verlangt“. Wir haben zwar 14.000 Haushalte, jedoch benutzen nicht alle die Müllsammelplätze. Das zweite ist, durch eine entsprechend lange Vorankündigung kann man vor Einführung eines automatischen Schrankensystems, auch eine Steuerung des Antrags im Bürgerservice schaffen.

Ihm: Dazu eine Anmerkung. Die Idee ist, dass die Karte unterschiedliche Berechtigungslevels hat. Man kann einstellen, dass die Karte die Berechtigung für den Haushalt hat, aber man kann auch eine Stufe höher gehen und sagen dass die Berechtigung nur provisorisch ist. Das wäre ein Thema bei z.B. Saisonkarten für das Erholungszentrum. Es gäbe die Möglichkeit, dass das Altstoffsammelzentrum das Level Haushalt hat. Das einfachste Level, welches es geben wird, ist das Gutscheinsystem. Die Idee ist auch nicht alles gleichzeitig einzuführen, um die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen. Zuerst soll die Gutscheinkarte eingeführt werden um in späteren Schritten zusätzliche Service anzubieten.

Muth: Frage bezüglich des Disagios und den Zusatzkosten. Ich habe deine Antwort nicht ganz verstanden. Du hast von einer Erstanschaffungsgebühr von 70 € geredet. Heißt das, dass für bestehende Betriebe werden die 70 € verteilt über die 0,50 €.

Ihm: Die 70 € war die Antwort auf die zweite Frage und das andere wären die Betriebsgebühren pro Karte, **wo wir als Stadtgemeinde ... ist unverständlich** Diese Tarife sind vom Anbieter vorgesehen.

Muth: Kommt das nicht den zu den Bankomatgebühren für den Betrieb dazu? Die haben ja verschiedene Anbieter.

Ihm: Wenn man mit Maestro oder mit Visa zahlt, dann ist das Disagio genauso.

Dummer: Es wird nicht doppelt verrechnet, sondern nur entweder oder.

Ihm: Genauso ist es.

Pohl: Ich hätte eine Anmerkung. Für die Bürger wäre es nicht gut, wenn man die Leute ins Boot holt und das Geld von ihnen verlangt. Dieses Projekt muss aus Überzeugungsarbeit gemacht werden und dass keine Kosten verrechnet werden. Wie schon angesprochen, diese Kosten bei einer Kartenbenützung sind vorhanden, das ist auch ein Grund warum man viel in bar bezahlen sollten. Wenn man für 100 € einkauft, hat der Betrieb Gebühren für die Kartenbezahlung. Prinzipiell ist auf unserer Seite zu sagen, das ist das was wir uns unter einer modernen Gemeinde vorstellen, dass die Verwaltung digitalisiert wird. Das moderne Denken ist mit der neuen Stadtamtsdirektorin und vor allem mit dir Georg gekommen. Wir freuen uns, dass das umgesetzt wird. Dafür müssen wir natürlich auch das Erholungszentrum modernisieren. Damit wir vom Kartensystem einen echten Nutzen haben. Für das moderne Denken, besonders dir Georg, herzlichen Dank.

Abstimmungsergebnis:

Prostimmen
ÖVP 17
SPÖ 6
GRÜNE 5
FPÖ 2

Einstimmig beschlossen

Gegenstimmen
ÖVP 0
SPÖ 0
GRÜNE 0
FPÖ 0

Stimmenthaltung
ÖVP 0
SPÖ 0
GRÜNE 0
FPÖ 0

Völkl dankt und schließt die öffentliche Sitzung um 19:50 Uhr.

Die Bürgermeisterin
Mag. (FH) Andrea Völkl

Für die ÖVP-Fraktion

STR Dr. Christian Moser

Für die SPÖ-Fraktion

2. Vizebgm. Heinz Scheele

Für die GRÜNEN-Fraktion

STR DI Dietmar Pfeiler

Für die FPÖ-Fraktion

STR Herbert Pohl

Für das Protokoll

StADir. Mag. Christina Pinggera

Schriftführerin

Birgit Bauer